

Handelsgeschäfte der Banken im Home-Office möglich

Als Reaktion auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie stellt die BaFin klar, dass die strengen Regeln der MaRisk vorübergehend, krisenbedingt für eine Home-Office-Regelung gelockert werden können.



© Imago Images / Panthermedia

Die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) beinhalten in BTO 2.2.1 Tz. 3 Vorschriften zu Handelsgeschäften, die außerhalb der Geschäftsräume abgeschlossen werden (Außer-Haus-Geschäfte). Diese Regelung legt dar, dass Handelsgeschäfte außerhalb der Geschäftsräume nur zulässig sind, wenn dies vom Institut geregelt und jedes Geschäft sauber dokumen-

tiert ist. Es kann zu organisatorischen und technischen Problemen führen, wenn Handelstätigkeiten kurzfristig und ausnahmsweise außerhalb der Geschäftsräume, z. B. vom Home-Office ausgeübt werden sollen.

Die strengen Regeln im Handelsraum vorübergehend, krisenbedingt für eine Home-Office-Regelung zu lockern, sei allerdings aus Sicht der

Aufsicht vom Wortlaut der MaRisk gedeckt und bankaufsichtlich vertretbar, wenn nicht sogar – als Teil eines Notfallkonzeptes im Sinne von AT 7.3. – in Krisensituationen erforderlich, stellt die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) klar. Bei fehlender Zugangsmöglichkeit zu Büro- und Handelsräumen sei es erforderlich, eine Alternative zu schaffen, um den Geschäftsbetrieb aufrecht zu erhalten. Sofern Institute diese Geschäfte bisher ausgeschlossen hatten, müssten sie das Verbot explizit aufheben und klar umreißen, unter welchen Bedingungen und, sofern abschätzbar, über welchen Zeitraum die Neuregelung gelten soll, und dies in Arbeitsanweisungen niederlegen. Die Bankenaufsicht versuche stets, ihre Mindestanforderungen so zu formulieren, dass sie technischen Innovationen nicht im Wege stehen. Dies gelte grundsätzlich auch für die Anforderungen an als Teil des Krisenmanagements eingerichtete dezentrale Arbeitsplätze im Bereich des Handelsgeschäfts. Alle geforderten Sicherungsmaßnahmen und Kontrollen könnten elektronisch realisiert werden.

chk

Finanzdienstleister weltweit stecken Milliarden in die Bekämpfung von Finanzkriminalität

Nach einer Studie von LexisNexis® Risk Solutions verzeichnen Finanzdienstleister im asiatisch-pazifischen Raum (APAC), Europa, dem Nahen Osten und Afrika (EMEA), Lateinamerika (LATAM, einschließlich Mexiko) insgesamt 180,9 Mrd. US-Dollar an Ausgaben für die Compliance zur Bekämpfung von Finanzkriminalität.



Danilo Rizzuti/Stock/Thinkstock

Kostenfaktor Compliance: Die Bekämpfung von Finanzkriminalität saugt bei Finanzdienstleistern viel Geld ab.

Im Rahmen der Untersuchung wurden 898 Entscheider befragt, die die Compliance zur Bekämpfung von Finanzkriminalität und allgemein die Compliance-Prozesse in ihren Unternehmen verantworten. Themen der Umfrage waren u.a. Prozesse wie die Überwachung von Sanktionen, Know-Your-Customer (KYC), die Bekämpfung von Geldwäsche (AML) sowie die Überwachung von Transaktionen.

Die jährlichen Durchschnittskosten im Kampf gegen die Finanzkriminalität sind in den USA und

bei mittelgroßen und großen Finanzinstituten (mehr als 10 Mrd. US-Dollar Bilanzsumme) im Vereinigten Königreich, Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden am höchsten.

Arbeitskosten sind insgesamt der größte Faktor für hohe Compliance-Kosten mit 57 Prozent. Technologie schlägt mit 40 Prozent zu Buche. In der EMEA-Region liegt der Anteil der Arbeitskosten bei 62 Prozent, was der Spitzenwert der Umfrage ist.

Finanzdienstleister in Europa benötigen zudem mehr Zeit als in anderen Regionen, um die Due-Diligence-Überprüfung von Geschäftskunden abzuschließen. Auch hierdurch steigen die Compliance-Kosten für die Bekämpfung von Finanzkriminalität. So ist beispielsweise die durchschnittliche Zeit, die für das Onboarding eines mittelgroßen Unternehmens benötigt wird, von 21 Stunden im Jahr 2017 auf 36 Stunden im Jahr 2019 gestiegen.

Die befragten Finanzinstitute berichten, dass Zahlungsanbieter außerhalb des Bankenbereichs

zusätzliche Herausforderungen und Risiken für die Compliance der Finanzunternehmen schaffen, vor allem in Lateinamerika und in Kanada. In allen Ländern sind die negativen Auswirkungen breit gefächert und schließen eine höhere Anzahl an Alerts, höhere Risiken im Korrespondenzbankgeschäft, eine größere Belastung der Compliance-Teams und höhere Technologie- und Arbeitskosten mit ein.

Die Herausforderungen und Probleme bei der Compliance zur Bekämpfung der Finanzkriminalität wirken sich zudem negativ auf die Produktivität von Finanzdienstleistern aus, vor allem in EMEA und LATAM. Darüber hinaus werden die Compliance-Teams so stark beansprucht, dass die Verantwortlichen befürchten, qualifizierte Fachkräfte nicht halten zu können. 67 Prozent der Compliance-Entscheider sorgen sich um die Job-Zufriedenheit ihrer Mitarbeiter.

chk